

16. Wahlperiode

Plenar- und Ausschusssdienst

Wortprotokoll

Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie

74. Sitzung
5. Mai 2011

Beginn: 13.01 Uhr
Ende: 14.50 Uhr
Vorsitz: Christa Müller (SPD)

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll!

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht des Senators aus der Kultusministerkonferenz bzw. der Jugendministerkonferenz

Entfällt.

Vorsitzende Christa Müller: Wir kommen zu

Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Vorlage – zur Kenntnisnahme – [0576](#)
Stellungnahme zum Familienbericht 2011
Drs 16/4045
(auf Antrag der Fraktion der Grünen)

- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0577](#)
Familienbericht 2011
(auf Antrag aller Fraktionen)

Ganz herzlich begrüße ich an dieser Stelle noch mal den Vorsitzenden des Berliner Beirates für Familienfragen, Herrn Peter Ruhenstroth-Bauer, und er hat sich zur Unterstützung Frau Nora Schmidt mitgebracht, die dann sicher auch noch auf die eine oder andere Frage eingehen will. Wir beginnen diesen Tagesordnungspunkt mit einer Fraktionsrunde, und die SPD-Fraktion hat als erste das Wort. – [Zuruf] – Wenn Sie das gern so hätten, dann, bitte, fangen Sie an, Herr Ruhenstroth-Bauer.

Peter Ruhenstroth-Bauer (Familienbeirat Berlin): Vielen Dank! – Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Herzlichen Dank für die Einladung zur Sitzung. Lassen Sie mich aber vorweg – trotz der knapp bemessenen fünf Minuten, an die ich mich selbstverständlich halten will – den familienpolitischen Sprecherinnen aller Fraktionen danken. Sie saßen als Vertreterinnen der Politik im Berliner Beirat für Familienfragen und haben aktiv an der Erstellung des Familienberichts mitgewirkt. Dass Sie, Frau Scheeres und Frau Dr. Barth, aber insbesondere Frau Demirbüken-Wegner, Frau Jantzen und Frau Senftleben, der Versuchung einer parteipolitischen Instrumentalisierung dieses wichtigen Themas widerstanden haben, dafür gebührt Ihnen ganz besonderer Dank!

Wir hatten uns im Familienbeirat auf einen Perspektivwechsel zum Thema Familie in Berlin verständigt: nicht nur die Risiken beschreiben, sondern ganz klar auch die Chancen benennen. So liegt Ihnen hier nach drei Jahren und nunmehr 35 Sitzungen des Familienbeirats ein Bericht vor, der nicht nur einvernehmlich beschlossen, sondern ganz klar auch diesen Perspektivwechsel auf die Familie im Lebensverlauf nachvollzogen hat und, politisch gesprochen, natürlich auch ressortübergreifend gedacht und nach Ansätzen gesucht hat. Neben dem Perspektivwechsel war uns die starke Einbeziehung der Berlinerinnen und Berliner wichtig – etwas, was übrigens in der ganzen Frage um Partizipation, um Betroffene zu Beteiligten zu machen, in den letzten Monaten sehr aktuell geworden ist. Das haben wir hier in der Stadt schon sehr intensiv praktiziert. Wir haben also einen Bericht nicht über, sondern auch mit den Berliner Familien erarbeitet. Und schließlich zeigt auch die Liste der Veröffentlichungen aller Medien Berlins in diesen drei Jahren das hohe Interesse an der Gestaltung des Zusammenlebens in der Stadt und die hohe Bereitschaft, sich dazu einzubringen. Ich bin sicher, wer nur unter sich, quasi in der Fachcommunity bleibt, wird diese Breitenwirkung nicht erzielen.

Sie wissen, dass der Familienbericht sechs Schwerpunktthemen bearbeitet hat, woraus sich ganz konkrete Forderungen ableiten. Lassen Sie mich auf drei Themen eingehen, auf die ich heute noch einmal besonderes Augenmerk werfen möchte: Erstens, die Stadt hat ein breites Angebot für Familien, aber keiner fühlt sich so wirklich informiert. Die Familien wollen ein zentrales Informationsportal, in dem sie unmittelbar, schnell und einfach handhabbar erfahren: Was ist in der Stadt los? Wie viele Kitaplätze sind noch frei? Welche Jugendfreizeitangebote gibt es in der Nähe? Wer hilft bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf? Und wo ist der wohnortnahe Pflegeplatz für einen Angehörigen zu finden?

Zweitens: Sie wissen, Familie ist nicht nur Vater, Mutter, Kind. Familie – und wir haben uns für den weiten Familienbegriff in dem Familienbeirat entschieden: Familie ist dort, wo Menschen füreinander Sorge tragen – und das nicht nur in der Familiengründungsphase, sondern über den ganzen Lebensverlauf. Deshalb haben wir konkrete Anregungen zu dem aus unserer Sicht immer noch viel zu vernachlässigten Bereich der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf gemacht, aber auch zur gezielten Unterstützung von Pflegenden.

Drittens: Berlin ist trauriger Spitzenreiter bei der Kinderarmut – ein drängendes und nicht mehr zu ignorierendes Thema, das nach unserer Auffassung nur mit einem ressortübergreifenden Gesamtkonzept statt zahlreicher Einzelmaßnahmen angegangen werden kann. Drei Beispiele, die Ihnen zeigen, dass der Bericht in seiner Breite und Vielfalt mehr als nur ein Thema für Familien beleuchtet hat: So sehr uns gefreut hat, dass der Regierende Bürgermeister und Sie, Herr Senator, Ende Januar bei der Übergabe des Berichts die Bedeutung dieses Themas für den Senat hervorgehoben haben, so sehr haben wir doch auch feststellen müssen, dass der Senat in seiner Stellungnahme das Thema Bildung und Betreuung in den Mittelpunkt der Betrachtungen gestellt hat. Den Perspektivwechsel auf Familie, mit dem Politik unseres Erachtens auch nur den verschiedenen Formen des Zusammenlebens einer Metropole wie Berlin gerecht werden kann, vermissen wir in der Stellungnahme.

Zum Abschluss ein Appell: Sie sehen an dem Bericht, wie ernsthaft und der Stadt zugewandt die Berlinerinnen und Berliner über die Fragen des Zusammenlebens in Berlin debattiert haben. Mit starker Partizipation von Bürgerinnen und Bürgern in Form von Onlinedialogen, Familienforen, einer starken Facebook-Community und Briefen an 50 000 Familienhaushalte konnten viele Menschen erreicht und begeistert werden. Wir denken, diese Menschen haben ein Recht darauf, mit ihren Ideen, Vorschlägen und Kritikpunkten ernst genommen zu werden. Darin sehen wir übrigens auch eine richtige Chance für Sie, die Vertreterinnen und Vertreter der Politik. Denn schon wird bei uns nachgefragt, wie denn mit den vielen Vorschlägen und Anregungen umgegangen wird. Dass wir unsere Aufgabe mit dem Ende dieser Legislaturperiode auch been-

den, heißt, dass wir nicht mit der Übergabe aufhören, sondern eine ganze Reihe von Veranstaltungen – und das haben wir Ihnen hier einmal zusammengestellt –, die genau dieses Thema, nämlich den Familienbericht und das Zusammenleben in der Stadt thematisieren, bis zum September noch zum Gegenstand haben. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Vorsitzende Christa Müller: Vielen Dank, Herr Ruhenstroth-Bauer! – Bevor wir in die Fraktionsrunde einsteigen, hat Frau Demirbüken-Wegner einen Antrag zur Geschäftsordnung.

Emine Demirbüken-Wegner (CDU): Ich bitte in Bezug auf das wichtige Thema, wo wir alle gemeinsam an einem Strang gezogen haben, um ein Wortprotokoll.

Vorsitzende Christa Müller: Bevor ich über Ihren Antrag abstimmen lasse, Frau Demirbüken-Wegner, möchte ich Sie aber darauf aufmerksam machen, dass wir dann diese Besprechungspunkte heute nicht abschließen können. Sie wissen, dass wir erst abschließen können, wenn das Wortprotokoll vorgelegen hat und wir gegebenenfalls noch mal darüber gesprochen haben. – Gut. Dann frage ich: Gibt es Widerspruch gegen ein Wortprotokoll? – Das ist nicht der Fall. Herr Schütz, dann bitte ich Sie, uns ein Wortprotokoll zu erstellen. Wir setzen jetzt mit der Fraktionsrunde fort. – Bitte, Frau Scheeres!

Sandra Scheeres (SPD): Danke, Frau Vorsitzende! – Ich muss sagen, wenn man sich den Bericht so anguckt und durchliest, können wir alle sehr stolz darauf sein. Es ist wirklich ein ganz besonderer Bericht, der sich gut durchlesen lässt, den man auch immer querlesen kann. Und ich fand die Arbeit auch im Beirat total interessant. Unabhängig jetzt von den Kolleginnen und Kollegen haben wir ja auch ganz interessante Fachleute in der Gruppe gehabt, mit denen wir diskutieren konnten. Und was ich absolut gut fand, war eben auch dieser Beteiligungsansatz der Familien, also diese Foren, die wir in den einzelnen Bezirken durchgeführt haben und die auch noch weiter stattfinden, und dass das wirklich eingeflossen ist. Ich kann nur sagen, ich war ja an einem Forum beteiligt, dass sich die Familien da wirklich ernst genommen gefühlt haben, und auch an dem Onlinedialog haben einige Kollegen teilgenommen. Also das ist wirklich ernst genommen worden, und die Leute konnten ihre Punkte und Sorgen da loswerden. Wenn man es liest, ist das teilweise zitatsmäßig und so auch aufgenommen worden. Also, ich fand das eine sehr gute Sache.

Was ich auch total gut fand ist, dass es über den Bericht gelungen ist, das Thema Familie noch mal anders in die Öffentlichkeit zu bringen, dass man da Kooperation mit Tageszeitungen gefunden hat und die dann über Wochen das Thema immer wieder angesprochen haben. Ich fand, das war wirklich eine ganz gelungene Sache.

Mir gefällt auch der hintere Bereich, Daten und Fakten, der zusammengestellt worden ist, wo noch einmal deutlich wird, dass Berlin speziell ist, dass Berlin eine Stadt der Zuwanderung ist, aber auch, dass wir das einzige Bundesland mit Geburtenüberschüssen sind, das fand ich gut, und wo auch klar wird, dass sich das auch so weiterentwickeln wird, dass Berlin ein Anziehungspunkt für viele junge Menschen ist, die auch perspektivisch Familie hier gründen werden. Dass wir die Abwanderung von Berlin ins Umland stoppen konnten, hat auch etwas mit der Politik zu tun, die hier stattfindet, also dass es attraktiver ist, in der Stadt zu leben, als ins Umland zu ziehen. Aber man muss auch sagen, dass wir einen ganz großen Anteil von Alleinerziehenden in dieser Stadt haben, dass wir einen großen Anteil von Familien mit Migrationshintergrund haben. Das sind alles Punkte, die man im Blick haben muss, und aus diesem Grund fand ich auch gut, wie wir die Schwerpunktsetzung im Beirat diskutiert, also welche Schwerpunkte wir ausgewählt haben. Ich finde gut, dass der Bericht auch an Praxisbeispielen deutlich macht, dass wir in Berlin sehr viel Positives für Familien machen, dass wir in Berlin sehr viel für Familien haben, aber er gibt uns als Politik auch Aufgaben mit auf den Weg, noch mal bestimmte Punkte zu überdenken und zu diskutieren. Das sollten wir alle ernst nehmen. Ich weiß auch, dass wir das machen, und das spiegelt sich teilweise auch schon in den Wahlprogrammen der einzelnen Parteien wider, das muss man auch so sagen.

Ich möchte jetzt nicht auf alle Schwerpunkte eingehen, denn das ist ja ein umfangreicher Bericht, sondern auf einige Punkte, die mir wichtig sind. Sehr ausführlich ist das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf bearbeitet worden. Mich hat natürlich gefreut, dass ziemlich deutlich herausgearbeitet wurde, dass wir ein absolut gutes und bundesweit einzigartiges Betreuungssystem in Berlin haben, gerade auch, was den Kitabe-

reich angeht, was absolut wichtig ist für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Über 90 Prozent der Kinder sind über Mittag in der Kita, das ist total wichtig für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, und wir haben sehr lange Öffnungszeiten. Der Bericht sagt uns aber auch, dass die Arbeitszeiten der Familien sich anders oder schneller entwickelt, als wir mit unserer flexiblen Kitapolitik hinterherkommen. Ich finde, das müssen wir ernst nehmen. Das Thema flexible Kinderbetreuung haben wir hier schon öfters diskutiert, aber wir müssen da noch mal genauer draufschauen, was man da noch umstrukturieren kann, um in diesem Bereich noch bessere Angebote für Familien zu entwickeln, ob das jetzt zum Beispiel die ergänzende Tagespflege ist, die es ja auch schon gibt, oder andere Projektansätze. Ein Punkt, der aufgegriffen wurde, ist die Erfassung der flexiblen Kinderbetreuung, also die Bedarfserfassung in den Bezirken. Da ist sicherlich auch noch etwas zu tun, um den genauen Bedarf herauszuarbeiten.

Interessant war das Thema Alleinerziehende und SGB-II-Empfänger. Da wäre es sinnvoll, konkrete Anlaufstellen oder Ansprechpartner zu haben. Dieser Personenkreis hat es sehr schwer, und ich finde, die müssen konkretere Angebote bekommen und schneller auch Kinderbetreuungsplätze. Das sind Sachen, die man sich noch mal genauer anschauen muss. Es wird deutlich, dass die Verantwortung in diesem Bereich nicht nur beim Staat liegt, sondern auch bei den Arbeitgebern. Da hat sich auch viel getan – also was flexible Arbeitszeiten angeht oder Vereinbarungen mit den Arbeitnehmern oder dass in den Betrieben Betreuungsangebote vorhanden sind oder Kooperationsvereinbarungen mit Trägern geschlossen werden. Aber das ist einfach noch nicht genug. Hier müssen wir einfach noch mehr werben, dass hier noch viel mehr stattfindet. Für meine Fraktion und mich ist Familienfreundlichkeit ein wichtiger Standortfaktor. Wir haben gute Strukturen, die auch Betriebe nach Berlin anziehen können, was ja auch teilweise so ist, oder auch Menschen anziehen, die hier gern arbeiten wollen, weil sie wissen, wir haben eine gute Infrastruktur – und dafür müssen wir werben. Wir hatten das an verschiedenen Stellen ja auch schon mal gesagt, dass wir es sinnvoll fänden, dazu eine Kampagne durchzuführen.

Jetzt der zweite Bereich, den möchte ich ein bisschen verknüpfen: Bildungsaspekte und Kinderarmut – das hat die Senatsverwaltung in ihrer Stellungnahme ähnlich gemacht, weil das sonst alles ein bisschen zu viel wird. Gerade wenn man den Aspekt Kinderarmut betrachtet, ist Bildung ein ganz wesentlicher Faktor. Bildung eröffnet Chancengleichheit und einen besseren Zugang und einen besseren Start für die Kinder und Jugendlichen, was ihre Perspektiven angeht. Hier wird in Berlin ein Schwerpunkt gesetzt, ob das jetzt die Kita ist, die Schule oder auch die Hochschule, dass wir die Beitragsfreiheit haben. Ich fand es natürlich gut, dass das noch mal betont worden ist, dass wir in allen Bereichen die Beitragsfreiheit haben und dass man daran festhalten sollte. Und auch unsere Qualitätsansätze, das Bildungsprogramm oder auch das Sprachlerntagebuch, also die Sprachförderansätze, das ist genau der richtige Weg. Aber der Bericht sagt eben auch, dass gerade, was die Sprachförderung angeht, man da noch mal genauer hinschauen sollte und eben auch transparent machen soll: Was passiert denn da? Und welche Erfolge sind denn dort zu sehen? – In den letzten Wochen hat Frau Lompscher noch einmal deutlich gemacht, dass Erfolge zu sehen sind, dass die Kinder mit Migrationshintergrund, die in die Schule kommen, bessere Deutschkenntnisse haben. Das müssen wir auch transparent machen und deutlich machen, woran es liegt. Wir sind ja auch weitergegangen – also das Sprachförderungsgesetz und diese ganzen Geschichten, da sind die Auswirkungen ja noch nicht inbegriffen. Ich denke, dass wir da auf jeden Fall noch besser werden, und wir müssen es transparenter machen und vielleicht auch intensiver evaluieren – und wir haben ja auch Möglichkeiten wie das Frühkindliche Institut.

Ein Punkt, den Herr Ruhenstroth-Bauer eben angesprochen hat, ist, dass wir viele Angebote für Familien haben, es aber teilweise so ist, dass die Familien die Angebote nicht so richtig im Blick haben. Die Idee der Internetplattform finde ich wichtig – sie ist zu diskutieren; wir haben eine große Sympathie für diesen Bereich –, genauso wie die Anlaufstellen für Familien, weil wir immer wieder mitbekommen, dass Familien durch die einzelnen Ämter durchgereicht werden – unter dem Motto: Wir sind nicht dafür zuständig! Da fände ich es besser, in den Bezirken eine Bündelung oder eine einheitliche Anlaufstelle zu haben.

Noch einmal zu dem Punkt Kinderarmut, der mir wichtig war, und den vielen Angeboten. Unsere Politik ist darauf ausgerichtet, Kinderarmut entgegenzuwirken und den Kindern und Jugendlichen bessere Chancen zu eröffnen. Daran muss man schon gesamtstrategisch herangehen. Man muss sich das noch mal genau anschauen, ob es sinnvoll ist, ein Gesamtkonzept zu machen oder wie man das auf Senatsebene angehen kann. Das ist ein Punkt, den wir auf jeden Fall diskutieren müssen.

Das Thema Familienzentren ist in unterschiedlichen Bereichen angesprochen worden, im Bildungsbereich, aber auch im Kinderarmutsbereich. Es ist ein wichtiger Ansatzpunkt im Bereich der Familienbildung, den wir verfolgen müssen und verfolgen wollen – ob das an der Stelle der Kita ist, wo die Familien auch wirklich sind. Ich finde es wichtig, dass wir das flächendeckend ausbauen und weiterentwickeln. Es gibt ja schon einige Familienzentren, aber ich bin der Auffassung, dass das flächendeckend angeboten werden muss. Dazu hat sich meine Fraktion schon des Öfteren geäußert. Also insgesamt finde ich den Bericht sehr positiv, weil er deutlich macht, wie der familienpolitische Weg in Berlin ist, dass wir viele positive Angebote haben, aber auch, was noch zu tun ist, um noch familienfreundlicher zu werden. Ich möchte mich auch noch mal bei Ihnen an dieser Stelle bedanken, bei der Geschäftsstelle und dem Vorsitzenden des Beirats. Sie haben das superkonstruktiv durchgezogen in den Sitzungen, und es ist ein ganz tolles Ergebnis dabei herausgekommen. Daran hatten viele ihren Anteil, die Familien und der Beirat selber. Noch mal herzlichen Dank! Das ist auch eine Superdiskussionsgrundlage für die nächsten Jahre für uns.

Vorsitzende Christa Müller: Danke, Frau Scheeres! – Für die CDU-Fraktion hat Frau Demirbüken-Wegner das Wort.

Emine Demirbüken-Wegner (CDU): Vielen herzlichen Dank! – Frau Scheeres! Ich finde Ihre Ausführungen, denen ich natürlich Folge leiste, sehr richtig und wichtig, bin aber ein bisschen irritiert, dass Sie analog zu unserer Tagesordnung zu der Stellungnahme des Familienberichts nicht einen einzigen Satz gesagt haben. Hätte ich mir gewünscht! – [Sandra Scheeres (SPD): Doch, einen Satz!] – Einen Satz? – Der ist untergegangen. Der war dann vielleicht so schwach formuliert neben der Stärke des Familienberichts, dass es bei mir nicht so angekommen ist. Aber ich will wenigstens zu beiden etwas sagen. Als Mitglied des Familienbeirats und auch als Sprecherin meiner Fraktion für Familie war es für mich sehr interessant, hautnah das Ringen um die aktuellen Familienthemenberichte miterleben zu dürfen und auch mitgestalten zu können. Es war natürlich nicht immer so, dass man eine gemeinsame Vorstellung und einen Konsens hatte, aber die Probleme konnten in dem Beirat fast bis ins Detail ausformuliert werden, und die Diskussion habe ich eigentlich immer als sehr fruchtbar erlebt und erfahren – fruchtbarer, als sie je hier im Ausschuss hätte stattfinden können, geschweige denn die vielen Debatten, die wir vor der Beiratsgründung hatten, die hier überhaupt eingebracht worden sind und an der stetig abwehrenden Haltung der Koalition immer wieder scheiterten. Deshalb muss ich doppelt anerkennen, dass dieser Bericht, der hier vorliegt, sehr deutlich die Stärken und Schwächen der Familienpolitik im Land Berlin insgesamt aufzeigt und deshalb auch die Handlungsstrategie für uns und für den Senat sehr wichtig ist, in der Berliner politischen Landschaft eine Handlungsmaßnahmen daraus resultieren zu lassen. Deshalb möchte ich an dieser Stelle, wie auch meine Kollegin das vorhin getan hat, allen Mitstreiterinnen und Mitstreitern einen großen Dank für die hervorragende Zusammenarbeit noch mal kundtun.

Aber wie geht jetzt der Senat mit diesem hervorragenden Bericht um? – Das ist für mich die existenzielle Frage, und ich sagen Ihnen jetzt einfach, dass ich Ihre Stellungnahme enttäuschend finde, dass ich sie ignorant finde, dass ich die Stellungnahme beratungsresistent und wenig innovativ finde. Enttäuschend und ignorant deshalb, weil der Senat auf keine der dargestellten Fragen und Probleme ausführlich eingeht und sich damit auseinandersetzt. Er blendet sogar in meinen Augen Bereiche in Gänze aus wie z. B. die konkrete Bekämpfung von Familienarmut. Vielmehr habe ich den Eindruck, wenn ich die Stellungnahme lese, dass der Senat seine eigenen guten Taten noch einmal ausführlich darstellt wie z. B. die beitragsfreie Kita. Vielfach bemächtigt sich auch der Senat der Gelegenheit, politische Grundsatzüberzeugungen noch einmal ausführlich zu Papier zu bringen wie z. B. in der Bildungspolitik. Das ist in meinen Augen sehr unproduktiv. Wir sollten über die Agitationsphase hinausgehen und uns konkret um die Problemlagen vor Ort kümmern, diese klären und versuchen, sie zu lösen, wie z. B. die Verbesserung der Familienbildungsmaßnahmen. Beratungsresistent und wenig innovativ zeigt sich der Senat in meinen Augen deshalb, weil Formulierungen in der Stellungnahme vorherrschen, die von wenig Gestaltungswillen und vorwärtsweisenden Initiativen zeugen.

Hier möchte ich Ihnen allen einige Kostproben, die Sie uns geliefert haben, liefern. Erstens: Der Senat teilt die Auffassung des Familienbeirats über die Bedeutung von Bildung ... – Zweitens: Der Senat sieht sich hinsichtlich der Empfehlung bei der frühkindlichen Bildung schon auf einem guten Wege. – Drittens: Der Senat weiß sich in Übereinstimmung mit dem Familienbeirat, dass mehr Transparenz über die tatsächlich vollzogene Sprachentwicklung hergestellt werden soll. – Viertens, die hohe Schulabbrecherquote: Dem Senat sind

die Probleme bekannt. Ja, die Familienbildung hat in den vergangenen Jahren einen erheblichen Bedeutungszuwachs erfahren. Der Senat stimmt dem Familienbeirat zu, dass die Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund bisher noch nicht zufriedenstellend ist. Der Senat weiß sich in Übereinstimmung mit dem Familienbeirat, dass mehr Transparenz über die tatsächlich vollzogene Sprachentwicklung hergestellt werden soll. – Ich könnte noch fortfahren mit ähnlichen Worthülsen wie „haben wir erkannt“, „haben wir eingeleitet“, „wir finden richtig“, „das wird begrüßt“ usw. Am schwierigsten finde ich das bei Schwerpunkten, die schon längst hätten umgesetzt werden müssen, wie z. B. dem Berliner Familienportal oder den Familienzentren unter dem Dach der Kitas. Hier erinnern sich vielleicht einige im Ausschuss – vielleicht auch ungewollterweise –, dass die CDU-Fraktion bereits in der letzten Legislaturperiode zu beiden Themen einen entsprechenden Antrag gebracht hat. Aber es geht mir hier nicht um Vergangenheitsbewältigung, sondern um die Zukunft der Familienpolitik, die wir gemeinsam im Familienbeirat zu gestalten versucht haben.

Ich sehe in der Stellungnahme des Senats noch weniger Aufwind, denn für keinen der im Bericht angesprochenen Bereiche liegen dem Senat konkrete Zeitpläne und Konzepte vor, keine Entwicklungszeiträume, keine kurz- oder langfristigen Maßnahmen zur Umsetzung von Schwerpunktaufgaben, nirgendwo konkrete Zusagen, alles oberflächlich und unverbindlich. Das hat der Bericht in meinen Augen, verehrte Kollegen, nicht verdient. So einen allgemeinen Rhabarber über elf Seiten als Stellungnahme in einen Fachausschuss hineinzugeben, finde ich schon sehr mutig. Das können Sie sicherlich mit Leuten machen, die sich zum ersten Mal mit dem Thema beschäftigen, aber nicht mit Abgeordneten, die sich in den letzten drei Jahren in 35 Sitzungen produktiv damit auseinandergesetzt haben.

Deshalb habe ich einige Fragen an den Senat und hoffe, dass ich über die Stellungnahme hinaus konkretere Antworten dazu bekomme. Ich würde gern erstens wissen: Wann wird es ein Konzept für das geplante Familienportal geben? Wann werden die von Ihnen genannten Prüfungen abgeschlossen sein, und wann ist mit einer Umsetzung zu rechnen? Zweitens würde ich gern wissen: Welche konkreten Pläne haben Sie, um die Qualität in der Tagesbetreuung für Kinder in Kitas, aber auch Ganztagschulen zu verbessern? Drittens: Wie wollen Sie den realen Stand der Sprachförderung ermitteln, und welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um die Qualität zu verbessern? Viertens: Wann wird das Konzept für die Familienzentren vorliegen, und in welchen Zeiträumen planen Sie die flächendeckende Realisierung? Wie hoch haben Sie dafür das Finanzvolumen für den nächsten Doppelhaushalt eingeplant? Fünftens würde ich gern wissen: Welche Pläne haben Sie für die Umsetzung von sogenannten Familienbüros? Was haben Ihre Prüfungen zu Finanz- und Personalbedarf ergeben? Welche Angebote sollen die Familienbüros bereithalten? Mich würden natürlich auch der Ausbau des Kinderschutzes und der Familienbildung und der Familienstadt Berlin mit einer familienfreundlichen Arbeitswelt brennend interessieren. Aber ich will hier gern innehalten und hoffe doch sehr, dass Sie diese fünf Fragen alle irgendwie beantworten, damit der Bericht auch ein Stück Ernsthaftigkeit durch die Senatsverwaltung erfährt.

Vorsitzende Christa Müller: Danke, Frau Demirbüken-Wegner! – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt Frau Jantzen das Wort. – Bitte, Frau Jantzen.

Elfi Jantzen (Grüne): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich gehe davon aus, dass nicht alle Mitglieder dieses Ausschusses den Bericht in Gänze gelesen haben. Ich hoffe aber, Sie haben ihn überflogen und sich die Kurzform angeguckt. Wir familienpolitischen Sprecher haben drei Jahre daran mitgearbeitet. Wir wissen, was drinsteht. Ich finde es aber auch richtig und wichtig, dass wir das heute hier im Ausschuss besprechen und es noch mal auf eine breitere Basis stellen, denn – es wurde darauf hingewiesen – Familienpolitik muss ressortübergreifend geschehen. Dazu gehört, dass sich die Bildungspolitiker, die mit uns hier sitzen und eher Schulpolitik machen, dann auch noch mal genauer damit beschäftigen. Ich kann in dem Zusammenhang sagen: Da wir keinen Antrag haben, wüsste ich nicht, warum wir die Sachen nicht heute erst mal für diesen Ausschuss abschließen könnten – wegen des Wortprotokolls. Es gibt ja nichts zu beschließen. Aber egal, ob wir das heute abschließen oder nicht, dieser Bericht muss in der nächsten Legislaturperiode in verschiedenen Ausschüssen noch mal Thema sein, denn er bietet eine Fülle von Informationen, Anregungen, Problembeschreibungen und für die nächsten Politiker, die diese Bereiche bearbeiten, ein gutes Rüstzeug, um familienpolitisch weiter voranzugehen. Ich möchte auch allen, die im Familienbeirat mitgearbeitet haben, ganz herzlich danken, insbesondere Herrn Ruhenstroth-Bauer, der es mit viel Elan und Engagement geschafft hat, das Thema Familie anders zu platzieren als vorher – mit Presse, Öffentlichkeitsarbeit usw. Das haben Sie nicht

allein geschafft, Sie haben eine gute Geschäftsstelle: Frau Schmidt, Frau Schäfes zwischendurch, und ich möchte auch Frau Voigt erwähnen, die Sachbearbeiterin, die natürlich im Hintergrund auch gearbeitet hat. Ohne diese Geschäftsstelle hätte der Familienbeirat diese Arbeit nicht machen können. Deswegen auch ein Dank an dieses Haus, das im Haushalt dieses Geld für die Einrichtung der Geschäftsstelle zur Verfügung gestellt hat! Damit haben wir, glaube ich, einen guten Fang gemacht, denn anders hätte man diese Arbeit überhaupt nicht bewältigen können.

Ich finde es aber auch enttäuschend, dass der Senat es jetzt verbaselt, verbummelt hat – oder wie auch immer man das nennen soll –, diesen umfassenden und ressortübergreifenden Ansatz auch in seiner Stellungnahme oder in der Erarbeitung der Stellungnahme deutlich zu machen. Wie immer das zustande gekommen ist, ob andere Verwaltungen nicht zugearbeitet haben oder nicht gefragt wurden oder kein Interesse hatten, ist mir ziemlich egal. Es fehlen ganz wesentliche Sachen in der Stellungnahme. Sie konzentriert sich sehr auf den Bildungs- und Jugendbereich, also Kita und Schule. Kinderarmut, flexible Kinderbetreuung sind ausgeblendet. Es ist verständlich, dass Sie jetzt versuchen, alles gut zu verkaufen, was in den letzten Jahren gemacht worden ist. Sie haben aber ganz wesentliche Sachen vergessen, nämlich dass Arbeit, Wirtschaft, Technik in diesem Bereich flexible Kinderbetreuung gar nicht untätig waren – unter uns gesagt. Aber dass der Blick jetzt nicht aufs Ganze gegangen ist, ist wirklich enttäuschend, und ich denke, das ärgert auch viele bei uns im Beirat, die da sehr gut zugearbeitet haben.

Ich möchte auch eher noch etwas zur Stellungnahme des Senats sagen. Sie tun ja so, als wäre alles wunderbar eingetütet. Das stimmt in Teilen auch, weil wir in dem Bereich ja auch in gutem Einvernehmen familien- und bildungspolitisch gute Sachen angeregt haben, die dann auch verwirklicht wurden. Es gibt aber noch erheblichen Handlungsbedarf. Das sieht man dann auch in den Zitaten von Frau Demirbüken, wo Sie sich der Problembeschreibung anschließen. Aber was daraus folgt, dazu steht hier nichts. Es ist auch ein bisschen wenig, wenn Sie schlicht und einfach zwei Sachen jetzt als Verwirklichung angeben, nämlich zum einen die Internetplattform – das ist gut, wobei meine Frage wäre: Wer macht die jetzt? Werden die Vorarbeiten genutzt, die durch diesen Wettbewerb gemacht wurden? Oder ist jetzt die Senatsverwaltung wieder allein dran? Also was ist zu erwarten, wie die aussieht? Zweiter Punkt: Kitas zu Familienzentren. Da sind wir uns alle einig, das braucht man – wobei es nicht nur die Kitas sind, die Familienzentren sind. Ich denke, die Vielfalt der Angebote in der Stadt muss erhalten werden. Das heißt, wir brauchen mehr Geld für Familienförderung, um genau das auch zu finanzieren. Es wäre mir ganz recht, Herr Zöllner, wenn Sie oder die Leiterin der Abteilung Familie noch etwas dazu sagen könnten, wie es dazu kommt, dass in dieser Stellungnahme des Senats wesentliche Bereiche ausgeblendet sind.

Ich möchte noch ein paar Worte zu der Mail vom LSVD sagen, die wir alle, denke ich, bekommen haben. Ich kann deutlich sagen: Für uns Grüne sind Regenbogenfamilien Familien wie Patchworkfamilien, Stiefkinderfamilien, alleinerziehende Familien. Das sind alles Familien. Wir gehen von diesem Vielfaltsbegriff aus, und dieser ist auch in dem Familienbericht enthalten, ohne dass wir einzelne besondere Familienformen nennen mit Ausnahme der Alleinerziehenden, die auch eine spezielle Armutssproblematik haben, wo ich das als gerechtfertigt ansehe. Ansonsten: Für mich sind sie – ich gehe davon aus, für die anderen auch – in diesem Begriff „Vielfalt der Familien“ enthalten. Ich bin ein bisschen befremdet, denn ich habe ein bisschen das Gefühl, dass sich die Regenbogenfamilien durch diese Mail selber ein bisschen außen vor stellen und sich nicht als Familie begreifen. Ich würde mir wünschen, dass wir das in der Zukunft besser hinkriegen. Ich nenne nur ein kurzes Beispiel: Es gab eine Veranstaltung zu Pflegefamilien als Regenbogenfamilien, von der ich als familienpolitische Sprecherin überhaupt nichts wusste. Ich war etwas erstaunt und habe mir gesagt: Okay, wenn ich da nicht eingeladen bin und das nicht weiß, dann weiß ich nicht, wie man es zusammenbringt. – Ich glaube, da müssen beide Seiten noch mal gucken: Wie kriegen wir es hin, dass sie eingeschlossen sind und die Vielfalt auch hier vertreten ist? Da wäre meine Frage an Sie, Frau Schmidt! Zu den Familienforen ist ja breit eingeladen worden. Konnten sich auch alle einbringen? Wissen Sie was über die Teilnahme? –, denn das trägt natürlich auch dazu bei. Wenn man bestimmte Themen, Interessen oder auch besondere Problematiken von einzelnen Familienformen in die Foren einbringt, dann haben sie einen anderen Stellenwert. Mir ist erst mal noch mal wichtig zu sagen: Für uns ist die Vielfalt der Familienformen das runde Ganze. Ich sehe aber trotzdem einen Bedarf, da in Zukunft zu gucken, dass man es insgesamt zusammenbringt und sich Leute nicht ausgegrenzt fühlen – was ich jetzt nachvollziehen kann. Aber das war, denke ich, niemals unsere Ab-

sicht, und es wäre gut, wenn Vielfalt und Diversity in einem nächsten Beirat dann vielleicht auch vertreten wären und das auf eine breitere Basis gestellt wird. – Ich glaube, das waren die wichtigsten Sachen.

Da Sie alle schon wissen, dass ich in der nächsten Periode nicht mehr im Abgeordnetenhaus vertreten sein werde, habe ich die Bitte an alle, die hier sind, dieses Thema wie bisher intensiv und engagiert weiterzuführen, es auch in die anderen Ausschüsse zu tragen – also den Bereich Vereinbarkeit von Pflege und Familie, der hier keine Rolle spielt, Armut ist auch ein Teil für Soziales und für Gesundheit – und den neuen Senat dahin zu treiben, ressortübergreifend das Ganze besser anzupacken.

Vorsitzende Christa Müller: Vielen Dank, Frau Jantzen! – Für die Fraktion Die Linke hat Frau Dr. Barth das Wort. – Bitte, Frau Dr. Barth!

Dr. Margrit Barth (Linksfraktion): Ich möchte mich am Anfang auch bei Herrn Ruhenstroth-Bauer und Frau Schmidt recht herzlich bedanken für die sehr angenehme Zusammenarbeit. Es war ein langer Zeitraum. Was ich als besonders angenehm empfunden habe, ist das, was Sie auch in Ihrer Pressemitteilung gestern noch mal zum Ausdruck gebracht haben, nämlich dass es darum ging, einen Rollenwechsel zu initiieren, also nicht nur über Risiken zu jammern oder auch zu schreiben, sondern vor allen Dingen die Chancen herauszuarbeiten und sie deutlich zu machen. Wir haben heute schon sehr unterschiedliche Beiträge gehört. Der eine sieht die Kritik an erster Stelle. Ich finde, die dreijährige Arbeit müsste uns dazu bringen, dass wir sagen: Welche Gedanken habe ich jetzt? Wie soll das politisch aufgenommen werden, was in diesem dicken Material drin ist? Wie kann die Politik diesen Prozess erfolgreich weiterführen?

Was ich auch an diesem Bericht als sehr positiv empfunden habe, war, dass ziemlich früh die Familien selbst beteiligt waren. Der Familienbeirat bestand aus sehr unterschiedlichen Berufsgruppen einschließlich der Politik. Das war die eine große Gruppe. Aber die Betroffenen selbst waren, glaube ich, das sehr Außergewöhnliche. Ich habe schon viele Berichte hier im Abgeordnetenhaus lesen dürfen, und dann wurde meistens über Betroffene geschrieben, und es wurden Zahlen präsentiert. Aber die Betroffenen selbst, die in den Foren und über das Internet dabei waren, sind das besonders Wertvolle. Die Familien selbst haben sich eingebracht, und hier will ich den Gedanken von Frau Jantzen aufnehmen: Wir sehen das auch so. Im Familienbeirat ist der weite Familienbegriff gleich am Anfang gesetzt worden. Das war richtig so, und das ist auch gut so. Und damit war die Vielfalt der Familien in Berlin gemeint, ohne dass eine Gruppe besonders herausgehoben worden ist. Also ich teile die Auffassung absolut.

Was mich an diesem Bericht besonders positiv gestimmt hat, auch wenn ich nicht immer dabei war – das will ich ganz deutlich zugeben, manchmal war es auch zu viel –, ist, dass in dem Bericht Vorschläge und Gestaltungsräume benannt worden sind, wo weitergearbeitet werden kann, natürlich in verschiedenen Bereichen. Ich habe für mich selbst die Bereiche frühkindliche Bildung, also Kindertagesstätten, Schule und Kinderarmut gesehen. Hier sind ziemlich konkrete Dinge dargestellt, und es wäre für das nächste Abgeordnetenhaus von großem Nutzen, wenn man sich genau diese Bestandsaufnahme noch mal gründlich ansieht und sagt: Hier könnte weitergearbeitet werden. – Ich finde, in dem Bereich der Kindertagesstätten oder – ich nenne ihn jetzt mal anders – der frühkindlichen Förderung hat Berlin sehr viel auf den Weg gebracht. Das steht außer Diskussion. Berlin ist aus meiner Sicht das Land, das am weitesten fortgeschritten ist. Das schließt aber nicht aus, dass wir noch eine ganze Menge auf den Weg bringen müssen und sich auch aus bestimmten Entwicklungen, die wir selbst gewollt haben, neue Probleme ergeben. Mit einem Problem haben wir es beispielsweise ganz konkret zu tun, nämlich dass uns voraussichtlich Plätze fehlen, wenn wir an das Jahr 2013 denken, wenn der Rechtsanspruch für die unter Dreijährigen konkret wird. Hier muss die Planung voranschreiten, und wir müssen genau diese Bedarfsanalyse dann auf den aktuellen Stand bringen. Aber dass wir in dem Bereich der frühkindlichen Förderung schon sehr viel erreicht haben, das sollte man einfach auch mal deutlich sagen.

In dem Bereich der Schule haben wir einiges zur Verbesserung der individuellen Förderung auf den Weg gebracht. Es reicht nicht aus. Wir wissen, dass sicherlich in der nächsten Wahlperiode für die Hortkinder weitere Verbesserungen kommen müssen. Die Unterschiedlichkeit in der offenen und in der gebundenen Ganztagschule will ich jetzt nicht weiter ausbreiten. Aber die individuelle Förderung muss hier weiter begleitet werden, und es müssen dazu auch veränderte Rahmenbedingungen geschaffen werden. Das muss

Politik dann gewährleisten. Oder, ich will ein anderes Feld aufrufen: Das ist die Jugendsozialarbeit in Schulen. Wir müssen ja nicht so tun, als stünden wir ganz am Anfang. Natürlich haben wir Jugendsozialarbeit in Berlin auch auf den Weg gebracht. Dass das nicht ausreicht und dass wir hier noch einen größeren Bedarf haben, ist auch klar. Aber es muss in Einklang gebracht werden mit unseren Ressourcen. Ich wünsche mir an dieser Stelle, dass sich dort der Zug weiterbewegt. Das werden wir in der nächsten Wahlperiode erleben.

Nun komme ich noch zu dem ganzen Thema Familienförderung, Familienbildung: Ja, wir haben in der Stadt eine sehr unterschiedliche Infrastruktur. Wir haben unterschiedliche Ansätze in den Bezirken. Über Stadtteilarbeit, Stadtteilhäuser, Nachbarschaftshäuser und Familienzentren, die es schon gibt, wird dieser Prozess gesteuert. Aber ich glaube, wir sind uns auch alle darüber im Klaren: Letztlich hängt es an der Frage der Finanzen. Die Familienzentren, die schon mal im Abgeordnetenhaus sehr nahe standen, wurden ja zurückgestellt, nicht weil kein Konzept existiert – das Rahmenkonzept existiert –, sondern weil wir nicht die notwendigen finanziellen Ressourcen hatten. Jetzt muss man sich überlegen, unter welchen Bedingungen man genau dieses Thema der Familienbildung und Familienförderung in Berlin politisch weiter begleitet. Ich finde es richtig, dass Familienzentren oder Mutter-Kind-Zentren oder wie man sie auch bezeichnet an Kindertagesstätten andockt werden. Was ich nicht möchte, ist, dass Kindertagesstätten zu Familienzentren entwickelt werden. Die Kindertagesstätte hat ihren eigenen Bildungsauftrag. Insofern wird es noch eine spannende Frage für Berlin werden, wie man diesen Prozess für die Zukunft gestaltet. Aber ich glaube, mit diesem Bericht ist uns sehr viel in die Hand gegeben worden bzw. Ihnen – ich werde im nächsten Abgeordnetenhaus auch nicht mehr dabei sein. Aber Sie haben die Möglichkeit, genau diesen Prozess dann weiterzuführen und in diesem Sinne auch politisch zu begleiten. Ich möchte mich bei allen auch ganz herzlich bedanken. Es ist manchmal auch etwas schwierig unter Abgeordnetenkollegen, an einer solchen großen Arbeitsgruppe teilzunehmen. Aber ich glaube, wir haben es insofern ganz gut gemeistert, als dass wir auch unterschiedliche Positionen akzeptiert haben und damit umgegangen sind. Also noch mal an Sie herzlichen Dank! Der Senat wird sicherlich darüber zu entscheiden haben, wie man in der nächsten Wahlperiode mit einem solchen Experiment – wenn ich es so nennen darf – zur Erstellung eines solchen Familienberichts weiter umgeht.

Vorsitzende Christa Müller: Danke, Frau Dr. Barth! – Für die FDP-Fraktion hat Frau Senftleben das Wort. – Bitte, Frau Senftleben!

Mieke Senftleben (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Der Familienbericht: Ich muss auch sagen, mir gefällt er. Wenn ich so die Entwicklung sehe und die Sitzungen – – Wie viele waren es, 35, 36? – Ich habe sicherlich auch bei dieser oder jener gefehlt, auch bei der letzten, was mir sehr leid tut. Wir waren uns nicht immer einig, das muss ich hier auch deutlich sagen. Es ist auch in dem Bericht nicht alles drin, was ich hundertprozentig unterschreiben kann. Aber – das möchte ich noch mal deutlich machen, und da geht mein Dank an Sie, Herr Ruhenstroth-Bauer –, ich glaube schon, das haben Sie sehr geschickt gemacht und die Debatten vernünftig in eine anständige Richtung gelenkt. Dafür noch mal mein herzlicher Dank, ebenso an Frau Schmidt! Das fand ich schon gut, das hat auch Spaß gemacht.

Nun haben wir einen Beirat. Ich verstehe unter einem Beirat ein Gremium, das einen Bericht vorlegt, in dem auch Ratschläge drinstehen, was hier ja auch durchaus der Fall ist – Internetforum, flexible Kitaplätze usw. Der Senat liest diese Ratschläge und denkt sich: Sie sind gut, oder sie sind nicht gut. – Ich denke, dass der Senat zumindest sagen muss, wie er die findet, richtig oder falsch, und nicht nur das, er muss auch sagen: Welche Maßnahmen werde ich ergreifen, wenn ich Dinge gut finde, und welche Zielvorgaben habe ich? – Jetzt komme ich auf die Stellungnahme. – Frau Barth! Sie haben es eben so wunderbar ausgedrückt: Wie wird die Politik die Ratschläge aufnehmen? Wenn ich mir diese Stellungnahme ansehe, dann heißt das Ergebnis: Zwei Empfehlungen machen wir uns vor allem zu eigen, das sind die zentrale Internetplattform – also, entschuldigen Sie, das ist eine Selbstverständlichkeit in jeder modernen Großstadt, das will ich mal auf Deutsch sagen – und die Weiterentwicklung von Kitas zu Familienzentren. Auch das ist in allen Fraktionen in diesem Abgeordnetenhaus nicht erst seit gestern, nicht erst seit Existenz des Familienbeirats in der Diskussion. – Herr Senator! Es tut mir leid, wenn ich das so sehr deutlich sage, aber dass Sie sich hier vor allem zwei Empfehlungen zu eigen machen, finde ich mehr als dünn. Und wenn ich mir diese anderen Dinge ansehe, gerade auch das Thema Alleinerziehende, dann müssten Sie eigentlich schon auf die Forderung nach flexiblen Kitaplätzen eingehen, die der Familienbeirat in diesem Zusammenhang gestellt hat, gerade für Al-

leinerziehende, denn das wir wissen doch: Die kriegen keinen Arbeitsplatz, weil das mit dem Kitaplatz nicht so richtig funktioniert. Das steht da genau drin, ziemlich wortwörtlich sogar.

Da fehlt mir klar und deutlich Ihre Positionierung, dass Sie das Problem nicht nur erkennen – das ist nämlich Wischiwaschi –, sondern dass Sie deutlich sagen – Oder Sie sagen: Das Problem ist zwar da, aber wir wollen es nicht lösen. – Das wäre ja auch eine Antwort. Da wäre ja die Transparenz da. Dann bräuchten wir uns hier nicht so lange zu unterhalten, dann könnten wir uns unsere eigene Meinung dazu bilden. Insofern ist das, was Sie hier als Stellungnahme abgeben, insbesondere zum Thema Bildung – das haben auch die Kolleginnen Jantzen und Demirbüken-Wegner schon gesagt; das kann ich alles unterschreiben – nichtssagend. Sie klopfen sich selbst auf die Schulter.

Frau Dr. Barth! Was Sie eben gemacht haben, Dinge aufzuzählen, wo es eigentlich noch fehlt, das hätte eigentlich in dieser Stellungnahme des Senators stehen müssen, denn es ist nicht alles Gold in Berlin, auch das wissen wir inzwischen, nicht nur die Opposition. Das wissen auch andere. Das hätte da zumindest drinstehen können und sollen und nicht nur das, was hier alles schon passiert und dass alles ganz großartig ist, diese Stadt, die wirklich nur aus Goldelsen besteht.

Ich will Schluss machen, weil ich der Auffassung bin, dass wir Herrn Ruhenstroth-Bauer mehr Redezeit zur Verfügung stellen sollten als bisher. Mir ist wieder mal aufgefallen, dass wir gern zehn Minuten reden, aber der Gast hat nur fünf Minuten Redezeit. Vielleicht können wir es einfach mal umdrehen. – Vielen Dank!

Vorsitzende Christa Müller: Danke, Frau Senftleben, auch für die weise Erkenntnis! – Als Nächster hat der Herr Senator das Wort. – Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Jürgen Zöllner (SenBildWiss): Ich kann gern bei dem anknüpfen, was Frau Senftleben gesagt hat, und ich glaube, wir sollten uns das alles vergegenwärtigen. Sie haben sicher recht, dass in Berlin nicht alles Gold ist, aber genauso wichtig und genauso richtig ist der andere Teilsatz, der dazugehört, dass nicht alles schlecht ist. Bei einer sachlichen Diskussion eines solchen Problembereichs, wenn man tatsächlich etwas ernsthaft anpacken, vor allen Dingen die Betroffenen ermuntern will, die Ärmel hochzukrempeln, um die Probleme anzufassen, dann müssen beide Seiten der Medaille in einer möglichst nicht ausgewogenen, sondern gerechten Form zur Geltung kommen. Das sage ich auch mit voller Überzeugung: Dieser Bereich ist vor allen Dingen – Familie ist sicher mehr als nur die Sorge um die Kinder, die Kitas und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf – ein Bereich, der ohne Zweifel objektiv nachvollziehbar und letzten Endes – zumindest habe ich es so in diesem Bericht gelesen, auch zwischen den Zeilen – ist Berlin sicher nicht am Ende der Fahnenstange in dieser Bundesrepublik Deutschland, sondern in den meisten Bereichen in einer zentralen Position. Wenn Sie – das darf ich, ohne jetzt jeden einzelnen Punkt abzuhaken – sagen, dass in vielen Dingen eine Situation in Berlin, die jetzt schon unvergleichlich viel besser ist als in anderen Städten der Bundesrepublik Deutschland, noch keinen Konkretisierungsgrad von Maßnahmen in der Stellungnahme des Senats hat, weil es natürlich auch mit relevanten Finanzausgaben verknüpft ist, ist das ein Zeichen verantwortungsvoller Politik, die sich eben nicht durch vollmundiges Verkünden von Wunschbildern, die sich möglicherweise nicht realisieren lassen, auszeichnet, sondern in dem konkreten Vorangehen, Schritt für Schritt, um eine Verbesserung dieser Situation zu erreichen.

Dann will ich gern konkret auf das eingehen, was Sie, Frau Demirbüken-Wegner, gesagt haben, weil Sie ja nicht umsonst ein Wortprotokoll erwartet haben. Ich will über den allgemeinen Rundumschlag, den Sie getätigt haben, dass sich der Senat in einer Agitationsphase befindet und wir wenig Gestaltungswillen haben, überhaupt nichts sagen. Allein die Tatsache, dass Sie – wenn Sie ein bisschen objektiv wären – feststellen müssen, dass sich in Berlin in den letzten Jahren unheimlich viel in diesem Bereich getan hat, ist ein überzeugender Beweis dafür, dass es uns offensichtlich gerade nicht an Gestaltungswillen fehlt. Ich hoffe, dass Sie sich das Wortprotokoll durchlesen und dann darüber nachdenken, was eine Agitationsphase ist, auch unter Einbeziehung Ihrer eigenen Person.

Zu den fünf Punkten kann ich konkret etwas sagen. Ja, dieses Portal ist nicht nur in Vorbereitung. Wir werden auf dem Vorhandenen aufbauen, und wir werden – davon gehe ich aus – im Sommer in die erste Phase gehen.

Der zweite Punkt, der reell und verantwortungsvoll von mir beantwortet werden kann, ist die Sache mit der Sprachförderung. Da werde ich morgen – das habe ich angekündigt – im Rahmen des Qualitätspakets, das

natürlich auch den vorschulischen Bereich in Bezug auf Sprachförderung beinhaltet, konkret sagen, wie ich mir das vorstelle und in welchem Zeitraum das läuft.

Zum dritten Bereich, den man zum jetzigen Zeitpunkt verantwortungsvoll beantworten oder behandeln kann, den Familienbüros, kann ich nur sagen, dass wir dies selbstverständlich mit den Bezirken machen müssen, weil dieses aus meiner Sicht sinnvollerweise nicht zentral von der Landesverwaltung umgesetzt werden kann.

Die anderen Punkte – das wissen Sie genau – sind, wenn man und wie man sie ausgestaltet, verantwortungsvoll nur in Kenntnis der haushaltsmäßigen Möglichkeiten zu machen. Es ist doch völlig selbstverständlich, dass es eine Senatsverwaltung in einer Aufstellungsphase des Doppelhaushalts von sich aus weder will noch kann, dieses quantitativ und in Bezug auf Zeitabläufe festzulegen. Das wird sich mit der Aufstellung des Haushalts klären. Da werden Sie über die Zahlen sehen können, inwieweit und mit welcher Geschwindigkeit der Senat diese haushaltsintensiven Dinge umzusetzen gedenkt. Dem nächsten Parlament – davon gehe ich aus – wird es obliegen, es mit Leben zu erfüllen, wobei sich dann alle Politiker mit dem Phänomen auseinandersetzen müssen, dass sie eine Gesamtverantwortung für einen Haushalt haben, der eine 0,3-prozentige Steigerungsrate auf der Ausgabenseite beinhaltet. Nur zur Erinnerung: Die Tarifsteigerungen sind in der Größenordnung von mehreren Prozenten. Die Anteile der Personalhaushalte kennen Sie auch. Also können Sie sich vorstellen, dass das kein Selbstläufer ist, den man im Voraus rauspicken kann.

Vorsitzende Christa Müller: Danke, Herr Senator! – Jetzt hat Herr Ruhenstroth-Bauer das Wort zur Erwidern, Ergänzung – oder wie auch immer Sie das verstehen möchten!

Peter Ruhenstroth-Bauer (Familienbeirat Berlin): Das überrascht mich jetzt, aber ich nehme das Wort gern, Frau Vorsitzende! – Ich finde gut, dass ich hier von allen Fraktionen gehört habe, dass Sie die Partizipation, die eine der Grundlagen dieses Berichts war, ernst nehmen – das ist auch wichtig –, anhand der Liste, die Ihnen vorliegt, was an konkreten Veranstaltungen noch weitergebracht wird, um das weiterzutragen, was hier an konkreten Vorschlägen gemacht wurde.

Zum Zweiten bin ich der Überzeugung, dass man an der einen oder anderen Stelle das Gefühl hat, dass wir bei der Umsetzung von bestimmten Problemen noch nicht weitergekommen sind, wir aber durch unsere Sicht der Dinge haben deutlich machen wollen, an welchen Stellen wir glauben, dass es noch dringenden und sehr zeitnahen Umsetzungsbedarf gibt. Ich glaube, der Bericht gibt Ihnen als der Politik und den politisch Verantwortlichen sicherlich eine ganze Reihe von sehr konkreten Anleitungen an die Hand.

Dritter Punkt: Manchmal würde ich mir wünschen, dass die Informationen, die man hat, auch über das, was im Parlament oder in der Politik, im Senat passiert, deutlicher nach außen vermittelt werden würde. Wir waren beispielsweise vor Kurzem beim Senator für Inneres, der sich sehr konkrete Gedanken darüber macht, wie man Bezirksämter so funktionalisieren kann, noch bürgerfreundlicher machen kann und damit in dem Sinne agiert, wie es hier empfohlen ist. Nur, man muss eben auch deutlich machen, dass es ressortübergreifendes Handeln erfordert und dass das nötig und notwendig ist.

Ich hoffe – das darf ich vielleicht zum Abschluss sagen –, dass dieser Berliner Familienbericht einer ist, der wirklich trägt, und zwar über die Legislaturperiode hinaus. Das sind Sie, glaube ich, all denjenigen schuldig, die sich vor allen Dingen von außen, also nicht den Beiratsmitgliedern, nicht Ihnen selbst oder uns allen, sondern denen, die wir mobilisiert haben, die sich daran beteiligt haben. Da gibt es wirklich eine ganze Reihe von Fragen, und es gibt vor allen Dingen auch überraschende Erlebnisse, die ich Ihnen als Politikerinnen und Politikern sehr nachdrücklich an die Hand geben will, die überrascht waren davon, dass sie tatsächlich gefragt und ernst genommen werden – die erwarten natürlich auch Umsetzung –, und zwar aus allen Bereichen der Bevölkerung. Sie hatten, glaube ich, vorhin gefragt, Frau Jantzen, wer sich an diesen Familienforen beteiligt hat: aus allen Altersgruppen. Manche Foren waren überwiegend nur mit Fachkräften – in Führungszeichen – besetzt. Da haben wir weniger Familien gehabt. In anderen hatten wir überwiegend Familien und weniger Fachkräfte. Also, es war immer eine gute Mischung, und das wird auch bei den nächsten Familienforen so sein. Sie wissen ja, dass das nächste am 13. Mai in Kreuzberg stattfindet, und jeder ist eingeladen, daran teilzunehmen. Das wird nicht verpflichtend erfolgen, sondern das ist freiwillig. Man kommt dahin, und

beginnt damit zu sagen: Was ist eigentlich gut in meinem Bezirk, und wo möchte ich das dieses Gute weit über die Stadt in anderen Bezirken bekannt ist? –, denn – auch das wissen Sie sicherlich – manchmal hat man den Eindruck, die Leuchttürme von Pankow oder Neukölln strahlen nur in Pankow und Neukölln, und keiner in Steglitz-Zehlendorf sieht dieses Licht, und umgekehrt natürlich auch. Da können Sie in der Politik viel tun, auch unter den sehr engen finanziellen Rahmenbedingungen, die Sie, Herr Senator, eben geschildert haben.

Ein allerletztes Beispiel möchte ich Ihnen noch geben: Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bestimmt bei Ihnen allen, ein wichtiger Punkt. Die Politik kann die Wirtschaft – der Regierende Bürgermeister hat es getan – dabei in die Verantwortung nehmen, und es gibt ganz einfache Möglichkeiten, Hilfestellungen zu geben. Wir haben das als Familienbeirat gemeinsam mit der IHK und der Handwerkskammer gemacht, die sich für ein Jahr dieses Thema zum Schwerpunkt erkoren haben. So viele IHK-Betriebsberater, die mit ganz praktischen Fragestellungen ausgestattet waren – wie kann ich Vereinbarkeit organisieren? –, so viele Beiträge wie in der Handwerkskammer-Zeitung, in den Handwerksbetrieben, in denen Vereinbarkeiten von Familie und Beruf so aussieht: Der Vater ist der Meister, der Sohn ist der Auszubildende, und die Mutter macht die Buchhaltung, – also die knallharte Probleme haben, dies tatsächlich zu verbinden. Diese Initiativen kann man nutzen und anstoßen. Sie bedürfen natürlich eines kräftigen Rückenwindes durch die Politik oder durch solche Organisationen, die Sie, Herr Senator – das wollte ich hier auch noch mal gesagt haben –, ins Leben gerufen haben, von denen ich glaube, dass Sie genau den richtigen Grundstein dafür gelegt haben, weil Sie den Beirat so zusammengesetzt haben, wie Sie ihn zusammengesetzt haben. Da saßen die Glaubensgemeinschaften, da saßen die Gewerkschaften, die Arbeitgebervertreter, die Wissenschaft und auch die Zivilgesellschaft war da vertreten, also eine sehr richtige Aufstellung, die natürlich das gesellschaftliche Bild sehr gut widerspiegelt. – Vielen Dank!

Vorsitzende Christa Müller: Danke, Herr Ruhenstroth-Bauer! – Ich setze die Aussprache fort, und Frau Jantzen hat das Wort.

Elfi Jantzen (Grüne): Mir sind in der Diskussion noch zwei Sachen eingefallen, die für die weitere Arbeit mit aufgegriffen werden sollten. Das eine ist: Wir haben es in diesen Beiratssitzungen oder insgesamt nicht geschafft, alles intensiv zu besprechen, was Familien in dieser Stadt beschäftigt und was wichtig ist. Ein Bereich, den wir nicht so behandeln konnten, wie ich mir das gewünscht hätte, ist der ganze Bereich Inklusion von Menschen mit Behinderung. Es gibt ja einen Teil sonderpädagogischer Förderbedarf. Das ist ein Ausschnitt. Das ist aus meiner Sicht ein Thema, das der nächste Beirat gut begleiten sollte. Interessanterweise ist in der Stellungnahme des Senats dazu gar nichts zu finden, obwohl Inklusion jetzt das Thema ist, zum Beispiel das Konzept zur Schule da ist, wo noch nicht so wirklich viel gemacht worden ist, und dann der ganze Bereich Familienhilfen, Hilfen zur Erziehung, Jugendfreizeiteinrichtungen. Das steht noch aus, obwohl es schon viele Ansätze gibt.

In dem Zusammenhang vielleicht auch die Anregung, noch mal über die Zusammensetzung des Beirats nachzudenken. Ich habe nicht gefunden, dass ein Vertreter von Menschen mit Behinderungen im Beirat war. Ich kann mich auch nicht erinnern. Es wäre vielleicht ganz gut, wenn man aus dem Bereich der Eltern von Kindern mit Behinderungen jemanden mit hineinnimmt, um solche Ausgrenzungsgefühle oder Missverständnisse auszuschließen, vielleicht auch mal überlegen, Vertreterinnen vom LSVD oder aus anderen Bereichen zuzuladen, und zu gucken, wie man die Vielfalt auch im Beirat direkt abbilden kann.

Vorsitzende Christa Müller: Danke, Frau Jantzen! – Frau Demirbüken-Wegner, bitte!

Emine Demirbüken-Wegner (CDU): Danke schön! – Herr Senator! Ich finde schon, dass dieser Bericht ein besonderer Bericht ist. Der hebt sich von den vorhergegangenen Familienberichten ab, wo nur eine Aneinanderreihung von Maßnahmen, die selbstverständlich in unserer Stadt erfolgreich laufen, aufgezählt wird, aber darum geht es nicht nur in diesem Bericht. Uns ist sehr wohl auch als Beiratsmitgliedern klar, dass einige Bereiche gut laufen, aber es geht mir in der Ausschusssitzung nicht darum, diesen Erfolg und Lobpreis über uns ergehen zu lassen. Dafür haben wir nicht 35 Sitzungen hinter uns gebracht. Ja, ich kann auch eine Lobeshymne über die erfolgreichen Schritte machen. Es geht heute darum – jetzt möchte ich dort ansetzen, wo Herr Ruhenstroth-Bauer aufgehört hat –, den Familien vor Ort in den Foren zu sagen: Ja, hier und hier geht

es gut, aber in diesen Bereichen habt ihr Bedürfnisse, Bedarfe, die wir der Senatsverwaltung weiterleiten werden. Die werden wir in unserem Bericht festhalten. Insofern erlauben Sie mir bitte doch die Frage: Jetzt haben Sie diesen besonderen Bericht. Welchen Handlungsauftrag geben Sie sich durch diesen Bericht? – Das ist mir noch immer nicht klar. Ich kann es noch immer nicht heraushören. Wenn der Vorsitzende des Familienbeirats sagt, man habe das Gefühl, dass man nicht sehr viel weitergekommen sei, hoffe ich, dass Sie uns vielleicht ein paar Handlungsaufträge nennen können, die wir selbstverständlich in der nächsten Legislaturperiode weitergeben können. Aber das ist nicht die einzige Antwort. Noch stehen wir in der Verpflichtung, Arbeiten auszurichten und dem Bürger da draußen Rede und Antwort zu stehen und auch in Bezug auf ihre Bedürfnisse mit dem Bericht zu antworten und zu sagen: Der Senat wird in diesen Bereichen dieses und jenes in die Wege leiten. Verstehen Sie, dass wir auch alle dieser Verantwortung gerecht werden müssen?

Vorsitzende Christa Müller: Danke, Frau Demirbüken-Wegner! – Herr Senator!

Senator Dr. Jürgen Zöllner (SenBildWiss): Der Senat wird in der Kontinuität seiner Politik und vor allen Dingen in einem ressortübergreifenden Ansatz, der auch in diesem entsprechenden Bericht zum Ausdruck gekommen ist, weiterhin einen Schwerpunkt auf die Familienpolitik legen und damit bundesweit Standards setzen, wie sie jetzt schon gesetzt sind. Die einzelnen Maßnahmen – darf ich Ihnen versichern – wird der Senat an geeigneter Stelle als Person der Öffentlichkeit mitteilen. In diesem Fall – obwohl ich sonst Ihre Unterstützung sehr gern habe – brauchen Sie die Senatspolitik nicht nach außen zu vertreten.

Vorsitzende Christa Müller: Vielen Dank, Herr Senator! – Wir haben die Vorlage – zur Kenntnisnahme – zur Kenntnis genommen. – [Emine Demirbüken-Wegner (CDU): Da hätte es auch den Beirat nicht geben müssen!] – Wir haben über den Familienbericht gesprochen. Wir können uns darüber verständigen, ob wir das als abgeschlossen betrachten oder nach Vorlage des Wortprotokolls noch mal aufrufen. Ich denke, darüber verständigen wir uns in der Sprecherrunde. Wie die nächsten Tagesordnungen unserer noch verbleibenden Ausschusssitzungen gestaltet werden, darüber verständigen wir uns in der Sprecherrunde. Wir können entsprechend den Erkenntnissen, die wir dem Wortprotokoll entnehmen, uns neu verabreden. Für heute ist dieser Tagesordnungspunkt mit sehr wichtigen Erkenntnissen erfolgreich abgeschlossen. Ich glaube, die Verantwortung, die wir hier alle haben, egal, ob wir dem nächsten Abgeordnetenhaus angehören werden oder nicht, wird bei uns allen liegen. Herr Ruhenstroth-Bauer und Frau Schmidt! Ganz herzlichen Dank für die Arbeit, die Sie geleistet haben! Mit Sicherheit ist diese Arbeit noch nicht beendet. Es gibt noch viele weitere Aufgaben. – Vielen Dank!

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs

[0578](#)

Kitaentwicklungsplanung und Fachkräftemangel
(auf Antrag aller Fraktionen)

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU

[0507](#)

Einheitlichen Kindertag in Deutschland an einem Sonntag begehen
Drs 16/3317

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.